

Broistedt und der Scherbenhaufen

Kommentar zur Zukunft der ehemaligen JVA in Göttingen

Göttinger Tageblatt, 03.12.22

Die Zukunft der ehemaligen JVA in Göttingen ist wieder offen: Jetzt muss ein Ausweg aus der vertrackten Situation gesucht werden, um weitere 14 Jahre Leerstand zu vermeiden, meint Redakteur Michael Brakemeier.

Es ist ein ziemlich großer Scherbenhaufen, vor dem Göttingens Oberbürgermeisterin Petra Broistedt (SPD) steht. Broistedt hatte bei der Nachnutzung der ehemaligen JVA am Waageplatz in der Göttinger Innenstadt alles auf die Karte Trafo Hub GmbH gesetzt – und verloren. Die Käufer und Investoren aus Braunschweig haben sich nur ein knappes Jahr nach erster öffentlicher Interessensbekundung von dem Projekt aus verschiedenen Gründen zurückgezogen.

Broistedts Überlegungen, Trafo Hub den Zuschlag für das denkmalgeschützte Gebäude zu geben, sind nachvollziehbar: Nach jahrelangem Leerstand, einer knappen Handvoll verworfener Ideen für die Nachnutzung des Gebäudes, tritt ein Investor auf, der der Stadt den ungeliebten Klotz am Bein abkaufen und neu nutzen will. Damit wäre die Stadt zwei Probleme los: Sie entgeht einer kostspieligen Sanierung des Hauses auf eigene Kosten und spart dafür ohnehin knappe Personalressourcen in der Bauverwaltung.

All das mag Oberbürgermeisterin Broistedt im Juli bewogen haben – noch bevor überhaupt ein politischer Beschluss gefasst wurde – vorzupreschen und anzukündigen, nur noch ausschließlich mit der Trafo Hub GmbH über die JVA weiterverhandeln zu wollen. Damit degradierte sie die erst dann folgende politische Diskussion im Bauausschuss zur Makulatur. Der hatte mehrheitlich weiteren Beratungsbedarf angemeldet. Stattdessen setzte Broistedt auf den entscheidungstragenden, nicht-öffentlichen Verwaltungsausschuss, in dem das Haushaltsbündnis aus Broistedts SPD, der CDU und FDP – anders als im Bauausschuss – die Stimmenmehrheit hat. Der gab grünes Licht für die Verhandlungen mit Trafo Hub.

Taktgefühl und geschickte Kommunikation gehen anders. Selbst Ratsmitglieder aus dem Haushaltsbündnis äußerten ihr Unverständnis über Broistedts ungelenkes Vorgehen. Rechtlich ist ihr Handeln nicht zu beanstanden, dem Vertrauen in transparente demokratische Prozesse und der Wirkung in die Öffentlichkeit ist es freilich wenig förderlich.

Broistedt ignoriert zudem, dass es von der Politik und aus der Stadtbevölkerung durchaus Kritik an dem Ausverkauf der Stadt und dem „Co-Working- und Co-Living-Space“ der Trafo Hub GmbH gab und gibt. Das zu erkennen und dem zu begegnen, wäre ein Leichtes gewesen. Was hätte etwa dagegen gesprochen, beide Konzepte – von Trafo Hub und der Initiative „Soziales Zentrum“ – öffentlich zu diskutieren?

Inzwischen sind die Fronten verhärtet: Die JVA wurde im Oktober in Solidarität mit einem Sozialen Zentrum und als Protest gegen Gentrifizierung besetzt. Mitarbeiter der Trafo Hub wurden persönlich angefeindet – das ist nicht akzeptabel. Für die Stadtverwaltung kommt weiterhin nur der Verkauf der JVA infrage: Doch die Interessenten stehen nicht gerade Schlange. Das Soziale Zentrum ist immer noch gewillt alles dranzusetzen, sein Konzept umzusetzen. Doch dazu müsste das Gebäude in Besitz der Stadt bleiben und diese für die Sanierung aufkommen.

Jetzt muss es darum gehen, einen Ausweg aus der vertrackten Situation zu suchen, um weitere 14 Jahre Leerstand zu vermeiden. Da wäre eine Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsstudie zur Nachnutzung der JVA mit Öffentlichkeitsbeteiligung sicher ein Baustein. Die von der Verwaltung in Auftrag gegebene vorbereitende Untersuchung (VU) zum Sanierungsgebiet „Nördliche Innenstadt“ schlägt eine solche Studie vor. Die VU sieht die JVA als „Raum für Begegnung, Beratung und Miteinander“, in dem „lebendige Nachbarschaft und Engagement“ Platz finden.

Und ein politisches Bündnis gegen den Verkauf ist weiterhin breit: Grüne, Linke, Die Partei, das Bündnis für nachhaltige Stadtentwicklung und Volt sprechen sich gegen einen Verkauf der Immobilie aus. Unterstützung kommt von der Grünen Jugend und der Links-Jugend. Und: von den Jusos, der Jugendorganisation von Broistedts SPD.

Oberbürgermeisterin Petra Broi-stedt (SPD) steht vor einem ziemlich großen Scherbenhaufen. Und es wird lange dauern, bis sie den vollends weggekehrt haben wird.